

presse

„Gläserne Decke“ lässt sich nicht mit Freiwilligkeit und guter Hoffnung durchbrechen

Anlässlich der aktuellen Äußerung der EU-Kommissarin für Justiz- und Gleichstellungsfragen Viviane Reding zur gesetzlichen Frauenquote erklären die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik Christel Humme:

Es ist erfreulich, dass die Notwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen zur Durchsetzung von Gleichstellung von Frauen und Männern - gerade in Führungspositionen, in sogenannten Männerdomänen - von der zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding zunehmend erkannt wird. Denn mit Freiwilligkeit und guter Hoffnung allein kann die "gläserne Decke", an die Frauen auf ihrer Karriereleiter leider immer noch stoßen, nicht durchbrochen werden.

Noch im Juli 2010 hat die konservative Politikerin Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz- und Gleichstellungsfragen, die Quote als "letztes Mittel" und "Krückstock" bezeichnet. Jetzt hat offensichtlich ein Umdenken stattgefunden. Sollten Unternehmen den Frauenanteil in Führungspositionen bis Ende 2011 nicht erhöhen, so droht sie ihnen mit der Einführung einer gesetzlichen Quote. Bisher ist jedoch nur von einer Quote von 30 Prozent die Rede. Erst im Jahr 2020 soll der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten bei 40 Prozent liegen. Das ist zu spät. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind daher für eine sofortige Quote von 40 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen.

In Deutschland hat sich in den neun Jahren der freiwilligen Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung zu wenig bewegt. Wir verharren bei einem Frauenanteil von rund 12 Prozent in Aufsichtsräten. Darum müssen schneller gesetzliche Regelungen her.

Es muss endlich gehandelt werden. Den Unternehmen gut zuzureden reicht nicht

aus. Es bleibt daher sehr zu hoffen, dass der Druck von der EU auch bei der Bundesregierung ankommt.

Die aktuellen Haushaltsberatungen machen bisher jedoch wenig Hoffnung. Der Etat für wichtige gleichstellungspolitische Maßnahmen wurde zulasten einer neuen Jungen- und Männerpolitik gekürzt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung daher auf, endlich tätig zu werden und nicht nur Luftblasen zu produzieren.